

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Erhard Grundl, Margit Stumpp, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/27881 –**

Die Kultur- und Medienbranche krisenfest machen – Soloselbständige besser sozial absichern und vergüten

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will Lehren aus der Pandemie ziehen. Die Krisenresistenz des Kulturbetriebs und der Kreativwirtschaft müsse erhöht werden, schreibt sie in ihrem Antrag. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Selbständigen in den Bereichen Kultur und Medien müssten verbessert werden. Die Fraktion verlangt Konzepte zur Existenzsicherung, abgesichert werden müssten Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.

Der Forderungskatalog enthält unter anderem ein Existenzgeld für Soloselbständige in Höhe von 1.200 Euro monatlich. Verlangt werden des Weiteren Mindesthonorare und die Einhaltung von Tarifstandards. Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sollen zu einer Bürgerversicherung, die Arbeitslosenversicherung soll in eine Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden. Im Ergebnis sollen künftig auch Selbständige Zugang zu Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld haben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27881 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Martin Erwin Renner
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Martin Rabanus, Martin Erwin Renner, Hartmut Ebbing, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27881** in seiner 225. Sitzung am 23. April 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will Lehren aus der Pandemie ziehen. Die Krisenresistenz des Kulturbetriebs und der Kreativwirtschaft müsse erhöht werden. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Selbständigen in den Bereichen Kultur und Medien müssten verbessert werden. Selbständigkeit und atypische Beschäftigungen würden gerade für künstlerisch und journalistisch Tätige immer mehr zum Normalzustand. Die Sozialversicherungssysteme bildeten diesen Wandel der Arbeitswelt jedoch nicht ausreichend ab. Deshalb verlangt die Fraktion Konzepte zur Existenzsicherung. Abgesichert werden müssten Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.

Der Forderungskatalog enthält unter anderem ein Existenzgeld für Soloselbständige in Höhe von 1.200 Euro monatlich und rückwirkend für die Zeit der Pandemie. Verlangt werden des Weiteren Mindesthonorare und die Einhaltung von Tarifstandards. Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sollen zu einer Bürgerversicherung, die Arbeitslosenversicherung soll in eine Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden. Im Ergebnis sollen künftig auch Selbständige Zugang zu Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld haben. Wichtig ist der Fraktion überdies die Künstlersozialkasse (KSK). Der Bund soll seinen KSK-Zuschuss dauerhaft von 20 auf 25 Prozent erhöhen.

Die Fraktion hält es für unerlässlich, die Auswirkungen der Pandemie auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Soloselbständigen zu evaluieren. Ein entsprechender Bericht, der Empfehlungen zur Verbesserung der Lage enthält, müsse dem Bundestag vorgelegt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 97. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** empfahl in seiner 124. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 72. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27881 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Berlin, den 5. Mai 2021

Melanie Bernstein
Berichterstatlerin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Martin Erwin Renner
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatlerin

Erhard Grundl
Berichterstatter

